

Beratendes Mitglied

Herr Volker Herold	entschuldigt
Herr Dr. med Hartmut Seidel	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport
Frau Indlekofer, Schulreferentin
Frau Myrczek, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Sorge, Rechnungsprüfungsamt
Frau Schicker, FBL Bau und Umwelt
Herr Forster, FG Stadtplanung und Umwelt

Gäste

Herr Müller, ZAROF GmbH Leipzig
Elternvertreter der GS A. Lindgren
Herr Melzer, Schulleiter GS Dittes
Vertreter der Presse

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschriften über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 14.01.2016 sowie der 12. Sitzung am 17.03.2016
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Bürgermeisters
2. Berichterstattung zum Stand Konzeptentwicklung für die Östl. Bahnhofsvorstadt durch Herrn Heiko Müller der Fa. ZAROF GmbH
3. Vorberatung
- 3.1. Änderung der Schulbezirke der Grundschule Fr. Rückert, der Grundschule Neundorf, der Grundschule Kuntzehöhe und der Grundschule Dittes
343/2016
4. Antrag der CDU-Fraktion bezüglich finanzieller Entlastung bei der Schülerbeförderung während des Umbaus der Grundschule Astrid-Lindgren, Reg.-Nr. 110-16 und Stellungnahme der Verwaltung
5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 13. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Zenner, Bürgermeister GB I, eröffnet und geleitet. Herr Zenner begrüßt die anwesenden Gäste.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden Stadträtin Frau Annekatriin Schicker, Fraktion CDU und Stadtrat Herr Christian Erdmann, Fraktion SPD/Grüne vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung der 13. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschriften über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 14.01.2016 sowie der 12. Sitzung am 17.03.2016

Herr Bürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschriften über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 14.01.2016 und der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 17.03.2016 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Es waren keine Anfragen offen.

1.4. Informationen des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Zenner übergibt das Wort an Herrn Schäfer und bittet die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses über die Beratung zur Unterbringung der DaZ-Klassen zu informieren.

Herr Schäfer informiert darüber, dass am Dienstag, den 19.04.2016 eine Beratung mit den Schulleiterinnen Frau Bertram, GS Am Wartberg und Frau Heilmann, Hufeland OS, der Schulreferentin Frau Indlekofer und einem Vertreter der Gebäude- und Anlagenverwaltung stattgefunden hat. Inhalt dieser Beratung war die künftige Unterbringung der vier DaZ-Klassen, welche derzeit in den Räumlichkeiten der Montessori Schule untergebracht sind. Von Herrn Blei, Vertreter des Vorstandes des Montessori Schulvereins wurde zugesagt, dass bis zum Ende des Schuljahres 2016/2017 für zwei DaZ-Klassen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Die weiteren zwei DaZ-Klassen werden bis zum Ende des Schuljahres 2016/2017 wieder in der GS Am Wartberg und in der Hufeland OS untergebracht. Ab dem Schuljahr 2017/2018 sollen dann alle vier DaZ-Klassen, nach dem Auszug der GS A. Lindgren, in der Allende-Schule untergebracht werden. Diese Regelung wird als Übergangsvariante betrachtet.

Stadtrat Herr Tobias Rüdiger, Fraktion DIE LINKE., fragt an, ob in der Allende-Schule zukünftig auch Platz für mehr DaZ-Klassen zur Verfügung steht.

Herr Schäfer antwortet, dass dies eine Option wäre.

2. Berichterstattung zum Stand Konzeptentwicklung für die Östl. Bahnhofsvorstadt durch Herrn Müller der Fa. ZAROF. GmbH Leipzig

Herr Zenner begrüßt zum nächsten TOP Herrn Heiko Müller der ZAROF GmbH Leipzig, Frau Schicker und Herr Forster vom GB II, FB Stadtplanung und Umwelt und übergibt das Wort.

Herr Müller stellt sich und die Fa. ZAROF. GmbH Leipzig vor. Er erläutert, dass ein Team der Fa. ZAROF GmbH an der Erstellung eines Handlungskonzeptes „Östliche Bahnhofsvorstadt“ im Rahmen des ESF-Förderprogramms „Soziales Stadt“, welches im Jahr 2016 vom Freistaat Sachsen neu aufgelegt wurde, beteiligt ist. Im Rahmen dieses Programms müssen neue Gebiete ausgewiesen und integrierte Handlungskonzepte für diese Gebiete erstellt werden. In diesem Handlungskonzept sollen aktuelle Handlungsschwerpunkte, wie z.B. Wohnen, Infrastruktur und Nachhaltigkeit enthalten sein. Mit Entscheidung des Stadtrates im Februar 2016 wurde das Gebiet „Östliche Bahnhofsvorstadt“ als Gebietskulisse festgelegt.

Begonnen wurde mit der Konzepterstellung im Herbst 2015 und soll bis Ende April 2016 dauern. Die Laufzeit des Gesamtprojektes ist für den Zeitraum von 2016 – 2025 geplant. Im Fördergebiet sollen nicht nur neue Wohn- und Lebensqualitäten für alle Altersgruppen geschaffen werden, sondern auch eine nachhaltige und generationsübergreifende Entwicklung

für alle Bevölkerungsgruppen im Bereich Freizeit, Bildung und Senioren u.a. entstehen.

In seiner Präsentation erklärt Herr Müller, dass bei der Erarbeitung des Konzeptes ämterübergreifend gearbeitet wurde. So wurden u.a. FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport, FG Stadtplanung und Umwelt, Gleichstellungsbeauftragte, Behindertenbeauftragte, Wirtschaftsförderung u.v.a. in die Facharbeit einbezogen. Insgesamt konnten 15 Vorhaben von 7 Trägern ermittelt werden, die neue Projekte in diesem Gebiet beginnen möchten. Nachfolgend stellt Herr Müller die einzelnen Vorhaben und ihre Träger vor und informiert die Mitglieder des Ausschusses über die Einordnung der Prioritäten. Die Prioritäten weisen auf eine Kategorisierung von A, B und C hin.

Stadträtin Frau Juliane Pfeil, Fraktion SPD/Grüne merkt an, dass das Thema Jugend nicht einbezogen wurde. Weiterhin fragt Sie nach, warum die Mobile Jugendarbeit in Kat. B und die Arbeitsloseninitiative Pausa e.V. in Kat. C eingeordnet wurde. Sie ist der Meinung, dass beide sehr zuverlässig arbeiten. Sie bittet um Information, ob der Stadtrat auf die Kategorisierung noch Einfluss nehmen kann?

Herr Müller erklärt, dass diese Einordnung der Prioritäten nicht bindend sei, da dazu eine nochmalige Endabstimmung mit den Trägern stattfinden wird. Weiterhin erklärt Herr Müller, dass von Seiten der Vorhabenträger bestimmte Umsetzungsmöglichkeiten geklärt und erfüllt werden müssen, bevor überhaupt eine Förderung über die SAB beantragt werden kann. Auch Eigenanteile in Höhe von 5% Förderung durch die freien Träger müssen erbracht werden.

Herr Zenner dankt Herrn Müller für seine Ausführungen.

3. Vorberatung

3.1. Änderung der Schulbezirke der Grundschule Fr. Rückert, der Grundschule Neundorf, der Grundschule Kuntzehöhe und der Grundschule Dittes 343/2016

Herr Zenner übergibt das Wort an Frau Indlekofer.

Frau Indlekofer, Schulreferentin der Stadt Plauen, erläutert die Verwaltungsvorlage. Eine Zustimmung des Vogtlandkreises und der Bildungsagentur Zwickau zur Zusammenlegung der Schulbezirke in einen gemeinsamen Schulbezirk Neundorfer Vorstadt / Haselbrunn liegt vor. Diese Regelung soll zum Schuljahr 2017/2018 in Kraft treten.

Stadtrat Herr Tobias Rüdiger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob durch diese Regelung der Bestand einer Grundschule gefährdet wäre.

Frau Indlekofer entgegnet, dass sich die Schulleiterin der GS Friedrich Rückert auch eine Dreizügigkeit vorstellen kann.

Herr Stadtrat Tobias Kämpf, Fraktion CDU, sieht diese Zusammenlegung der Schulbezirke sehr positiv. Er erklärt, dass er die Zusammenlegung der Schulbezirke positiv sieht, wenn die Schulleiter keine Probleme damit haben.

Beschluss:

Der Bildungs- und Sozialausschuss des Stadtrates der Stadt Plauen befürwortet die Zusammenlegung der Schulbezirke der Grundschule Fr. Rückert, der Grundschule Neundorf, der Grundschule Kuntzehöhe und der Grundschule Dittes zu einem gemeinsamen Schulbezirk Neundorfer Vorstadt/Haselbrunn ab dem Schuljahr 2017/2018.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen, keine Stimmenthaltung

4. **Antrag der CDU-Fraktion bezüglich finanzieller Entlastung bei der Schülerbeförderung während des Umbaus der Grundschule Astrid-Lindgren, Reg.-Nr. 110-16 und Stellungnahme der Verwaltung**

Herr Zenner übergibt das Wort an Herrn Stadtrat Tobias Kämpf, Fraktion CDU.

Stadtrat Herr Tobias Kämpf, Fraktion CDU erläutert nochmals den Antrag. Er bittet darum, dass die Bezuschussung für die Eltern zum Schülerticket (Kosten: 10 EUR) in Höhe von 4 EUR gezahlt wird.

Frau Stadträtin Juliane Pfeil, Fraktion SPD/Grüne erklärt, dass sie nicht für die Zahlung eines Zuschusses ist. Sie sieht hierbei eine ungerechte Behandlung den Eltern gegenüber, welche ihre Kinder von Großfriesen nach Reusa bringen müssen. Auch wenn dies eine Ausnahmesituation ist.

Stadtrat Herr Tobias Rüdiger, Fraktion DIE LINKE., fragt an, wie hoch der Verwaltungsaufwand ist, um die Berechnung der 4 EUR zu bearbeiten.

Herr Bürgermeister Zenner erklärt, dass die Eltern für das Holen und Bringen der Kinder selbst verantwortlich sind. Es sei nicht Aufgabe des Schulträgers, dies zu koordinieren. Er macht deutlich, dass von Beginn der Baumaßnahme an zwei Schulbetreuer für den Transfer der Kinder mit der Bahn zur Verfügung standen. Der Transfer funktioniert sehr gut. Die Kinder können dieses Ticket auch in den Ferien und am Wochenende nutzen. Der Verwaltungsaufwand zur Berechnung müsste geprüft werden. Er verweist auf die Stellungnahme des Geschäftsbereiches I zum Antrag.

Stadtrat Herr Andre Bindl, Fraktion FDP/Initiative Plauen fragt an, wie dies in der Vergangenheit beim Bau einer Schule gehandhabt wurde. Was kostet ein normales Ticket für Schüler der Straßenbahn, die keine Bezuschussung bekommen.

Stadträtin Frau Juliane Pfeil, Fraktion SPD/Grüne teilt mit, dass ein Schülerticket 22,70 EUR im Monat kostet.

Herr Stadtrat Andre Hegel, Fraktion DIE LINKE., fragt nach nochmaligen Angeboten für einen Bustransfer.

Dazu erklärt Herr Zenner, dass ein Bus nicht ausreicht, sondern es müssten mindestens zwei Busse sein. Es wären insgesamt mindestens 70 Schüler zu transportieren.

Herr Schäfer weist darauf hin, dass so eine Vorgehensweise auch von der Rechtsaufsichtsbehörde geprüft werden kann. Für die Beförderung gibt es im Vogtlandkreis eine Satzung des ÖPNV. Wenn die Stadt Plauen die Kinder mit einem Bus befördert werden würden, dann wäre dies gesetzeswidrig.

Beschluss:

Nach Erläuterung der Stellungnahme des GB I durch Herrn Zenner und erfolgter Diskussion wurde über den Antrag der Fraktion CDU Reg. Nr. 110-16 abgestimmt. Der Antrag der Fraktion CDU wird im Bildungs- und Sozialausschuss abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Es werden keine Anfragen gestellt.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Bürgermeister

Annekatriin Schicker
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

D. Kasten
Schriftführerin

Christian Erdmann
Stadtrat